

Mehr Geld für Bildung gefordert

Eymann kämpft weiter

Basel. Der Basler Erziehungsdirektor und LDP-Nationalrat Christoph Eymann hat im Vorfeld auf die Bildungsdebatte im Nationalrat stark für mehr Bildungsgelder lobbyiert. Vergeblich. Im Interview mit der BaZ zeigt er sich enttäuscht über den Entscheid des Bundesrates und des Nationalrates, die Mittel nur um 2 statt 3,2 Prozent erhöht zu haben.

Eymann befürchtet eine Qualitätseinbusse bei der Bildung: «In Shanghai und Singapur werden trotz ärmeren Volkswirtschaften enorm viele Mittel in die Bildung investiert. In zehn, zwanzig Jahren werden die uns überholen. Das ist schlecht für unsere Jugend», sagt er. Eymann hofft nun auf einen Kompromiss des Ständerats. **Seite 4**

Basler Z. 11.6.2016

«Das ist schlecht für unsere Jugend»

Basler Z. 1 11.6.2016

Nicht mehr Geld für die Bildung: Basler Erziehungsdirektor Christoph Eymann ist enttäuscht

Von Alessandra Paone

BaZ: Christoph Eymann, Sie haben im Vorfeld auf die Bildungsdebatte im Nationalrat stark für mehr Geld lobbyiert. Vergeblich. Warum sind Sie mit Ihrem Anliegen gescheitert?

Christoph Eymann: Finanzpolitische Argumente standen im Vordergrund. Eine Mehrheit der bürgerlichen Parteien hat die ausgeglichenen Finanzen zum Hauptthema gemacht. Stichwort Stabilisierungsprogramm: Man war der Meinung, auch die Bildung solle Opfer bringen. Es war also kein Votum gegen die Bildung?

Lustigerweise hat niemand gesagt: Wir brauchen keine Bildung. Erst am Schluss der Debatte, allerdings nicht im Plenum, warf Thomas de Courten von der SVP die Frage auf, ob die zusätzlichen Mittel in den letzten Jahren auch zu einem volkswirtschaftlichen Nutzen geführt haben.

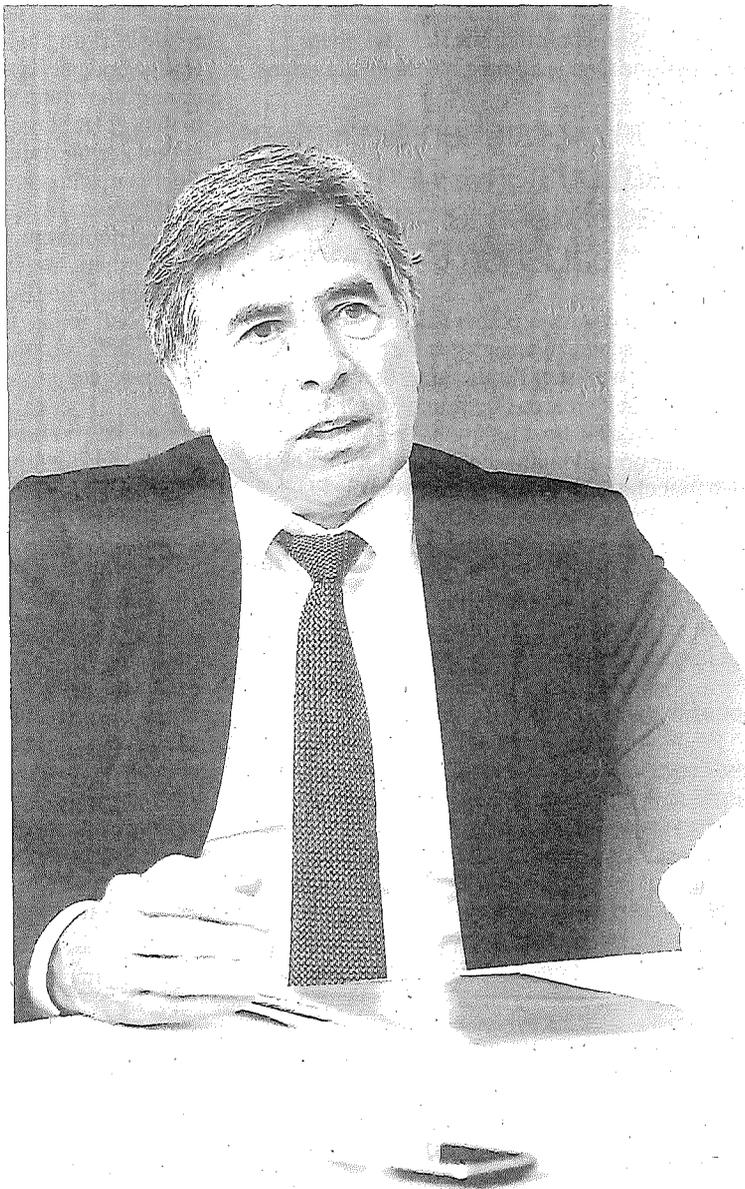
Offensichtlich herrscht die Ansicht vor, dass mehr Mittel nicht unbedingt zu einer besseren Bildungsqualität führen.

Ich beschäftige mich seit fünfzehn Jahren ganz intensiv mit diesem Thema. Es kommen laufend ganz neue Herausforderungen auf uns zu. Big Data ist eine davon und sehr wichtig für die Zusammenarbeit mit der forschenden Industrie. Das zweite Stichwort dort ist die personalisierte Medizin, die auch von den Basler Pharma-Unternehmen stark verfolgt wird und wegweisend sein kann für die Zukunft. Die Grundlagenforschung an der Uni ist dazu enorm wichtig. All diejenigen, die jetzt sagen, das Geld reiche, sollen sich doch einmal erkundigen, was in Shanghai und Singapur passiert. Trotz ärmeren Volkswirtschaften werden dort sehr viele Mittel in die Bildung investiert. In zehn, 20 Jahren werden die uns überholen. Das ist schlecht für unsere Jugend; wir müssen heute schon die Weichen stellen.

«Die Universität hat nicht als einzigen Auftrag, die Volkswirtschaft zu unterstützen.»

Sie befürchten eine Qualitätseinbusse?

Die Ziele des Bundesrats sind höhere Berufsbildung, wissenschaftlicher Nachwuchs, mehr Ausbildungsplätze in der Humanmedizin und Innovation. Dafür hatte er in einem ersten Moment 3,2 Prozent mehr Mittel vorgesehen, hat diese dann aber auf zwei Prozent reduziert. Die Ziele sind jedoch dieselben geblieben. Bei der Berufsbildung werden jetzt die Kantone in die Lücke springen müssen. Viele Kantone, wie zum Beispiel Baselland, haben aber Sparprogramme. Einmal mehr befiehlt der Bund etwas und ausbaden müssen es dann die Kantone.



Hofft auf den Ständerat. LDP-Nationalrat und Erziehungsdirektor Christoph Eymann hat vergeblich für mehr Bildungsgelder lobbyiert. Foto Lucian Hunziker

Sie haben den Vergleich mit dem Ausland angebracht. Nationalratspräsidentin Christa Markwalder sagte am Donnerstagabend an einem Podium in Interlaken, die Schweiz investiere im internationalen Vergleich immer noch überproportional in die Bildung.

Das stimmt eben nicht. Die Pisa-Studien zeigen, dass asiatische Staaten, wie etwa Singapur oder auch Südkorea, vorne liegen. Sie sind sehr ehrgeizig und wollen weiterkommen. Sie sind überzeugt, dass man auch in der Wirtschaft nur über die Bildung zur Weltspitze vordringen kann. Natürlich starten diese Staaten nicht vom selben Ausgangspunkt wie die Schweiz – wir sind Weltspitze. Unsere Befürchtung ist aber, dass wir diese Position verlieren zulasten von unseren Kindern und Grosskindern. Gerade die SVP, die am Donnerstag auf dem Schlauch stand, hat mit ihrer Masseneinwanderungs-Initiative bewirkt, dass Fachkräfte künftig nicht mehr in die Schweiz einwandern können. Wir können nicht mehr in derselben Dimension Ärzte aus Deutschland holen. Die Ausbildung

eines Arztes kostet eine Million Franken. Diese hat bisher Deutschland gezahlt, jetzt müssen wir sie bezahlen. Also brauchen wir mehr Geld.

Hat die Bildung bei den Bürgerlichen einen niedrigeren Stellenwert als bei der Linken?

Geht man von der gestrigen Debatte aus, dann kann man diesen Schluss ziehen. Die Parteispitzen würden dies natürlich bestreiten.

Als Liberaler müsste es auch in Ihrem Interesse sein, die Kosten möglichst tief zu halten.

Selbstverständlich. Das mache ich ja auch seit fünfzehn Jahren in meinem Departement. Ich helfe mit, dass wir in Basel eine gute Staatsrechnung haben. Andererseits ist es gelungen, gerade bei der Universität Basel wesentlich mehr Mittel zu generieren, auch dank Baselland. Der Bundesrat hat die Opfersymmetrie schlecht angewendet, weil er die Bildung einseitig benachteiligt hat.

In welchen Bereichen hätten Sie stattdessen gespart?

Bei den grossen Ausgabenposten, die auch vierjährige Themen haben.

Zum Beispiel?

Es ist Aufgabe des Bundesrates, dies zu prüfen. Meine Aufgabe als Legislativpolitiker ist es, darauf hinzuweisen, dass wir bei der Bildung einen Schwerpunkt hätten setzen müssen.

Was bedeutet dieser Beschluss nun konkret für die Bildungsinstitutionen?

Die ETH hatte schon im Vorfeld auf die Debatte ein Sparprogramm angekündigt. Ich fürchte, dass auch der Standort Basel davon betroffen sein wird. Auch die Universität Basel muss mit geschätzten 3,5 Millionen Franken weniger Erhöhung pro Jahr rechnen. Hinzu kommt, dass es mehr Studierende gibt. Mit der Fachkräfte-Initiative, die wir alle so toll finden, wollen wir ja die Ausbildung einheimischer Fachkräfte stärker fördern. Mit diesen Mitteln ist das aber nur beschränkt möglich. Es wäre wünschenswert, dass der Ständerat einen Kompromiss vorschlägt. Interessant ist auch, wie sich die Wirtschaft jetzt verhalten wird, nachdem praktisch alle Wirtschaftsverbände sich für eine höhere Erhöhung ausgesprochen hatten. Eine gewisse Dynamik ist also noch zu erwarten. Ich werde auch noch das Gespräch mit Ständeratsmitgliedern suchen.

Sie lobbyieren also weiter?

Natürlich. Als Präsident der schweizerischen Erziehungskonferenz, ehemaliger Präsident der schweizerischen Universitätskonferenz und Bildungsdirektor von Basel-Stadt kann ich nicht sagen: Das ist okay so.

Es wurde vorgeschlagen, bei den komplexen Strukturen der Hochschulen zu sparen.

Das ist auch so eine abgedroschene Phrase. Die Strukturen der Hochschulen weisen zum Teil jahrhundertalte Traditionen auf. Diese kann man zwar ändern, ein bisschen herunterfahren, man spart damit aber nicht Millionen. Fehlende Mittel können nicht kompensiert werden, indem man zwei Sekretariatsstellen und eine Professur streicht. Um massiv sparen zu können, müssten ganze Bereiche geschlossen werden. Würde man zum Beispiel die theologische Fakultät schliessen, wäre die Einsparung vielleicht ein kleiner einstelliger Millionenbetrag, der Schaden, den man einer 556-jährigen Fakultät damit zufügen würde, wäre aber immens. Eine Universität hat nicht als einzigen Auftrag, die Volkswirtschaft zu nähren und zu unterstützen. Man muss auch immer ein bisschen Demut haben davor, was diese Universitäten bisher geleistet haben.

War das Nein des Nationalrates für Sie auch eine persönliche Niederlage?

Ich bin lange genug im Geschäft, um zu wissen, dass man manchmal auch verliert. Dennoch bin ich am Donnerstagabend nicht völlig locker im Zug heimwärts gesessen. Ich studiere an einer Lösung herum.